

Liebe Kollegin, lieber Kollege,



die Corona-Pandemie ist mit Sicherheit noch längst nicht überstanden. Aber die Inzidenzzahlen gehen zurück und zum Glück sind immer mehr Menschen geimpft. Das bedeutet auch für unsere Arbeit, dass wir Schritt für Schritt zur Normalität zurückkehren können. So ist das ver.di-Haus wieder für individuelle Beratungsgespräche geöffnet, auch Sitzungen können zunächst im kleinen Kreis wieder durchgeführt werden. Grundlage für diese Lockerung ist, dass die allgemeinen geltenden Regeln wie zum Beispiel das Tragen entsprechender Masken und das Einhalten der Hygienevorschriften beachtet werden. Auch uns hat die Pandemie natürlich sehr stark eingeschränkt, so war es nicht möglich, Präsenz-Sitzungen oder zum Beispiel Diskussionsrunden zu veranstalten. Vieles haben wir daher ins Internet verlegt. Die Video-Konferenzen und –Gespräche werden uns mit Sicherheit auch nach der Corona-Krise erhalten bleiben. Die Möglichkeiten, schnell über Webex oder Zoom kommunizieren zu können, sind ja durchaus praktisch und haben sich inzwischen ja auch bewährt. Trotzdem ersetzen diese Videokonferenzen natürlich nicht das persönliche Gespräch und den persönlichen Kontakt!

Inzwischen gibt es bei ver.di außergewöhnlich viele Aktivitäten. In diesem Newsletter haben wir für dich eine Auswahl zusammengestellt, damit du siehst, in welchen Bereichen ver.di zurzeit aktiv ist. Da ja jetzt auch wieder Kundgebungen und Demonstrationen möglich sind, wirst du in den kommenden Tagen und Wochen wieder verstärkt Bilder von ver.di-Kolleginnen und –Kollegen sehen, die auf der Straße für ihre Interessen demonstrieren. Damit werden wir auch wieder für die Öffentlichkeit sichtbarer und spürbar.

Die Corona-Pandemie wird tiefgreifende Veränderungen in der Wirtschaftswelt und damit auch auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen. Wir beobachten das Geschehen in vielen Branchen mit großer Sorge. So wissen wir im Augenblick nicht, wie es zum Beispiel im Tourismus oder mit der Flugverkehrsbranche weitergehen wird. In solchen Branchen sind bereits jetzt starke strukturelle Veränderungen erkennbar, viele Beschäftigte wandern ab, weil sie in ihren alten Berufen keine Chancen mehr sehen. Diese Veränderungen werden uns über eine lange Zeit noch beschäftigen.

Wir erinnern uns noch gut: zu Beginn der Pandemie wurden Beschäftigte in so genannten systemrelevanten Berufen beklatscht und gefeiert. Auf einmal standen Verkäuferinnen, Erzieherinnen oder Krankenschwestern im Fokus und ihre Tätigkeiten wurden besonders hervorgehoben und als systemrelevant bezeichnet.

Es wurde auch über die Arbeitsbedingungen und die Einkommen dieser Beschäftigtengruppen diskutiert. Wir müssen uns heute aber fragen, was von diesem anfänglichen Jubel übrigbleibt. Bisher ist nicht erkennbar, dass sich die Arbeitsbedingungen in vielen der gefeierten Berufe wesentlich verändern. Jetzt beginnt die Tarifrunde für den Einzelhandel. Hier bieten die Arbeitgeber – übrigens nicht nur in Berlin – Brandenburg – nur sehr geringe Tariferhöhungen an. Streiks und harte Auseinandersetzungen drohen. Was bleibt also für die Beschäftigten nach dem

anfänglichen Jubel übrig? Wir sind davon überzeugt, dass die Arbeitgeber auch künftig nicht großzügig Löhne und Gehälter aber auch die Arbeitsbedingungen verbessern werden, sondern dass auch hier, wie vor der Corona-Krise, gewerkschaftlicher Druck notwendig ist! Das Engagement einer bzw. eines jeden ist dringend erforderlich, wir brauchen mehr gewerkschaftliches Engagement und mehr Gewerkschaftsmitglieder, damit wir gute Ergebnisse im Sinne unserer Kolleginnen und Kollegen erreichen können.

Eine schöne Ferienzeit wünschen euch

Frank, Andrea und Susanne

Tarifbewegungen und aktuelle Infos

Tarifrunden für den Handel

Die Handelstarifrunden sind in diesem Jahr die wichtigsten ver.di-Tarifrunden. In Berlin-Brandenburg sind davon insgesamt rund 267.000 Beschäftigte betroffen. Und der Start war schon überaus erfolgreich.

Großhandel

Seit 1. Mai läuft die aktive Tarifrunde im allgemeinen und im genossenschaftlichen Großhandel. Nach dem Nullangebot der Arbeitgeber in der ersten Verhandlungsrunde fanden die Beschäftigten des Groß- und Außenhandels am 1. Juni 2021 die erste passende Antwort: Streik. Erstmals mit im Streik: die Kolleginnen und Kollegen von 4 bofrost- Niederlassungen in Brandenburg (Blumberg, Velten, Mahlow und Cottbus). Mit ca. 80 Streikenden wurde am Streiktag 1. Juni so gut wie nichts ausgeliefert. Die Kolleginnen und Kollegen fordern die Anerkennung des Großhandelstarifvertrags.

Auch am 21. Juni wurde im Großhandel bei Edeka- und Rewe-Lagern gestreikt, am 23. Juni schließlich wurde im Pharmagroßhandel gestreikt. Es ist klar, dass vor der nächsten Tarifverhandlung am 30. Juni 2021 im Allgemeinen Groß- und Außenhandel der Druck weiter erhöht wird. Mehr hier:

<https://handel-bb.verdi.de/grosshandel/tarifrunde>

Einzelhandel

Mit einer öffentlichkeitswirksamen "Impfkampagne gegen Altersarmut" haben sich die Kolleginnen und Kollegen des Einzelhandels am 21. Juni um 12 Uhr vor dem Berliner Einkaufszentrum „Forum Steglitz“ für ihre Tarifrunde bei hochsommerlichen Temperaturen im wahrsten Sinne des Wortes warmgelaufen. Verkäuferinnen brauchen in diesem Jahr eine Realloohnerhöhung! Die beste Impfung gegen Altersarmut ist die Tarifspritze! Ihr Wirkstoff: eine Gehaltserhöhung von 4,5 Prozent plus 45 € und ein rentenfestes Mindestentgelt von 12,50 € / Stunde. Die ver.di Tarifkommissionsmitglieder haben mit Passanten und Beschäftigten aus den umliegenden Geschäften über ihre Forderungen gesprochen.



Der erste Tarifverhandlungstermin ist am 25. Juni 2021. Die Friedenspflicht im Einzelhandel endet am 1. Juli 2021. Während der Corona-Pandemie haben die Beschäftigten im Einzelhandel alle mit Nudeln

und Toilettenpapier versorgt. Wir dürfen gespannt sein, was die Arbeitgeber ihren Beschäftigten an Wertschätzung entgegenbringen werden.

Tag des öffentlichen Dienstes – ver.di warnt vor Kürzungen

Anlässlich des Tags des öffentlichen Dienstes, der von der UN ausgerufen wurde und immer am 23. Juni stattfindet, hat ver.di vor Kürzungen und weiteren Sparmaßnahmen gewarnt. Die Corona-Pandemie hat bewiesen, dass der Staat funktioniert und trotz aller Schwierigkeiten in der Lage ist, auch eine ernsthafte Belastungsprobe erfolgreich zu bestehen. Die guten Leistungen der öffentlichen Dienste sind ein Standortvorteil für Deutschland und sichern die Lebensqualität in unserem Land. Aber ein handlungsfähiger Staat ist keine Selbstverständlichkeit. Immer wieder muss er vor der Sparwut von Politikern geschützt werden. Es droht, dass die Pandemiekosten schon bald zu neuen Sparwellen führen werden. Davor warnt ver.di ausdrücklich.

Die ver.di-Betriebsgruppe des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg hat am 23. Juni die vielfältigen Aufgaben des öffentlichen Dienstes in Berlin vor dem Rathaus Schöneberg, präsentiert. Sie hat damit auf die gute und vor allem wichtige Arbeit aufmerksam gemacht. Das Ansehen des öffentlichen Dienstes in der Öffentlichkeit ist nicht immer das Beste, was aus ver.di Sicht nicht gerechtfertigt ist. Das wurde in den letzten anderthalb Jahren bewiesen. Mehr: <https://gemeinden-bb.verdi.de/themen/>

Tarifverhandlungen Öffentlicher Dienst

Am 6. Juni 2021 konnte mit dem Arbeitgeber Bundesrepublik (BUND) eine Tarifeinigung zu einem Digitalisierungstarifvertrag erzielt werden. Darin werden Punkte hervorgehoben, die in Dienstvereinbarungen im Detail zu regeln sind, außerdem geht es vor allem um die Themen Qualifizierung, Arbeitsplatzsicherheit und Entgeltsicherung. Zurzeit befasst sich die Bundestarifkommission (BTK) im Umlaufverfahren damit. Wenn sie zustimmt, soll er zum 1.1.2022 in Kraft treten.

Der Sozial- und Erziehungsdienst vor allem in den Kommunen überprüft gerade, ob es zu den Verhandlungszielen mit der VKA aufgrund der Pandemie eine Neuausrichtung geben soll. Dazu gibt es Online Regionalkonferenzen und andere Diskussionsformate.

Für die Tarif- und Besoldungsrunde der Länder suchen wir weiter nach Tarifbotschafter*innen, die in den Dienststellen und Betrieben die Forderungsdiskussion vorantreiben. Es gibt für Tarifbotschafter*innen eine Reihe von Angeboten, u.a. Workshops für Ansprachen und jeweils zu wichtigen Terminen Online-Info-Veranstaltungen am selben Tag. Wer sich dazu anmelden oder sein Votum zur Forderung in der Tarifrunde online abgeben möchte, kann das hier tun:

<https://unverzichtbar.verdi.de/> Wir können sehen, dass sich zahlreiche Nicht-Mitglieder an der Umfrage beteiligen. Das zu wissen ist ein guter Rückhalt, auf Nicht-Mitglieder zuzugehen und sie für mehr zu gewinnen, vor allem, selbst in ver.di Mitglied zu werden. Die Arbeitgeber planen bei den Entgeltgruppen (Arbeitsvorgang) Verschlechterung, es wird auf jeden und jede ankommen.

In allen Tarifrunden, im öffentlichen Dienst genauso wie im Handel, ist es wichtig, den Kontakt zu ver.di zu ermöglichen. Meldet daher Eure aktuellen E-Mail-Adressen und Handynummer an ver.di damit wir Euch erreichen können! Ihr könnt Euch auch gerne aktuelle Nachrichten zum Beispiel via Telegram abonnieren.



Taten müssen folgen!

Nahezu täglich erleben unsere Kolleginnen und Kollegen in den Dienststellen und Betrieben Gewalt in unterschiedlichen Ausprägungen, Respektlosigkeit, Anfeindungen, Beleidigungen, aber auch Drohungen nehmen zu. Tätliche Angriffe mit Körperverletzungen bis zur Todesfolge machen tagtäglich den dringenden Handlungsbedarf deutlich. Die betroffenen Beschäftigten werden oft alleine gelassen mit den Folgen von Gewalt. Die Fürsorgepflicht oft ein Fremdwort für Arbeitgeber. Die öffentlichen Arbeitgeber stehen in der Verantwortung, ihre Beschäftigten vor Gewalt und Übergriffen zu schützen. Die Sicherheit und Gesundheit muss oberste Priorität haben.

Wir begrüßen die Gemeinsame Grundsatzklärung des Senats von Berlin mit dem DGB zur zunehmenden Gewalt gegenüber Angehörigen des öffentlichen Dienstes. Aber den Worten des Arbeitgebers müssen auch Taten folgen!

Schutzschirm für das Gemeinwesen - Kommunen brauchen Geld!

Die Corona-Krise hat die Städte und Gemeinden in eine finanzielle Schieflage gebracht. Die Einnahmen aus Steuern und Gebühren gehen deutlich zurück, die Ausgaben steigen deutlich an. Es drohen Haushaltssperren, Kürzungen von Angeboten und das Verschieben dringend notwendiger Investitionen. Kommunen brauchen Geld und Personal, um die öffentliche Infrastruktur zu erhalten und investieren zu können. Die Finanzierung der Kommunen muss auf eine solide Basis gestellt werden. Wir fordern die politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern auf:

„Kommen Sie Ihrer Verantwortung nach, stärken Sie die Daseinsvorsorge und sichern Sie die Finanzierung der Kommunen auf Dauer.“ <https://gemeinden.verdi.de/themen/kommunalfinanzien/>

Tarif- und Besoldungsrunde für die Beschäftigten der Länder 2021

Die Forderungsdiskussion ist in vollem Gange. Neben den betrieblichen Diskussionen ist es möglich, sich online zu beteiligen. Auf der Internetseite <http://www.unverzichtbar.verdi.de> gibt es im Abschnitt Wir wollen es wissen: Umfrage zur Forderungsdiskussion für den öffentlichen Dienst der Länder einen direkten LINK zur Umfrage. Im Fachbereich Gemeinden fassen wir die Diskussionsergebnisse am 2. August zusammen. Am 12. August wird der Landesbezirk alle Ergebnisse zusammentragen, die Bundestarifkommission tagt am 26. August. Beteiligt euch an der Forderungsdiskussion!

Berliner Krankenhausbewegung stellt Ultimatum: 100 Tage Zeit – sonst Streik

Die Berliner Krankenhausbewegung – eine ver.di-Initiative - hat klargemacht: Entweder steigen die Arbeitgeber jetzt, mit unterstützendem Rückenwind durch die Politik, in ernsthafte Tarifverhandlungen ein, schließen mit ver.di bis zum 20. August einen Tarifvertrag Entlastung und einen Tarifvertrag für die Vivantes-Tochterunternehmen auf TVÖD-Niveau ab – oder es droht ein Monat vor den Wahlen ein Streik. Eine große Zahl der betroffenen Beschäftigten unterstützt dieses Anliegen in einer an Arbeitgeber und Politik übergebenen Petition. 8.397 Unterschriften sprechen eine klare Sprache.

Weitere Infos im Internet: <https://berliner-krankenhausbewegung.de/>



Kundgebungen der Berliner Krankenhausbewegung in den Bezirken

Ob Reinickendorf oder Spandau, Lichtenberg oder Mitte: ver.di-Mitglieder in allen Berliner Bezirken wollen deutlich bessere Arbeitsbedingungen in der Charité, bei Vivantes und in den Vivantes-Tochterunternehmen (= Cha/Vantes) durchsetzen. Bis jetzt haben bereits diverse Aktionen in den Berliner Bezirken stattgefunden. An den Aktionen nahmen auch zahlreiche Politikerinnen und Politiker teil. Die ver.di-Kundgebungen und Aktionen vor Ort in den Bezirken – zum großen Teil vor großen Krankenhäusern - sind ein gutes Mittel, um das Anliegen der Beschäftigten öffentlich zu machen und mit ihr Anliegen mit den Berliner Abgeordneten zu diskutieren.

Erneut Warnstreiks in drei Brandenburger Asklepios-Fachkliniken

Eine Pflegefachkraft in Wechselschichtarbeit in der Psychiatrie muss bei den Asklepios-Fachkliniken im Land Brandenburg 11 Arbeitstage im Jahr mehr arbeiten als bei Asklepios in Hamburg – bei monatlich bis zu 13 Prozent weniger Entgelt. In Hamburg wird nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) gezahlt, die Brandenburger Einrichtungen sind davon noch weit entfernt. ver.di hatte die 1.450 Beschäftigten der psychiatrischen Asklepios-Fachkliniken in der Stadt Brandenburg, in Teupitz und Lübben daher für Dienstag, den 1. Juni 2021 erneut zu einem zehnstündigen Warnstreik gerufen.

ver.di und die Asklepios-Geschäftsführung haben in der dritten Verhandlungsrunde am 25. Mai keine Einigung erzielen können. Zwar ist die Corona-Sonderzahlung in Höhe von 1.200 Euro inzwischen verabredet. Die Tarifierhöhungen ab 1. April 2022, die Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit sowie der Zusatzurlaub für Wechselschichtarbeit bleiben weiterhin strittig. Die ver.di-Tarifkommission hat das viel zu geringe Angebot der Arbeitgeberseite vom 25. Mai daher als unzureichend abgelehnt, auch weil es den Abstand zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) noch vergrößern würde.

Tarifeinigung: Klinikum Dahme-Spreewald in Königs Wusterhausen und Lübben

Bei den Tarifverhandlungen für die rund 630 nichtärztlichen Beschäftigten der Klinikum Dahme-Spreewald GmbH im Achenbachkrankenhaus in Königs Wusterhausen und in der Spreewaldklinik in Lübben konnte in der dritten Verhandlungsrunde eine Tarifeinigung erzielt werden. Schon im November 2020 hatten sich ver.di und die Klinikum Dahme-Spreewald GmbH auf eine Corona-Sonderzahlung für alle Beschäftigten in Höhe von 550 EUR, für die Azubis in Höhe von 185 EUR, jeweils gezahlt im Dezember 2020, geeinigt und die Tarifverhandlungen mit Rücksicht auf die Corona-Pandemie bis April 2021 ausgesetzt.

Am 17. Mai 2021 wurde nach drei Verhandlungsrunden eine Tarifeinigung erzielt, die inzwischen auch von allen Gremien bestätigt wurde. Alle Beschäftigten erhalten im Juni 2021 eine weitere Corona-Sonderzahlung in Höhe von 366 EUR und die Azubis in Höhe 160 EUR. Ab 1. November 2021 erhöhen sich die Tabellenentgelte um 2 Prozent, dabei mindestens um 50 EUR, und erreichen somit bis zu 102 Prozent der Tabellenentgelte vom Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD). Zum 1. Januar 2022 wird die monatliche Wechselschichtzulage für Wechselschichtarbeit um 50 EUR und die monatliche Zulage für die Arbeit auf der Intensivstation um 36 EUR erhöht. Die Pflegekräfte erhalten zum 1. April 2022 eine weitere Erhöhung um monatlich 70 EUR. Bei den Auszubildenden erhöhen sich ab November 2021 die Vergütung um 20 EUR bei 30 EUR und ab Juli 2022 um weitere 10 EUR monatlich.



Ab 1. Januar 2022 wird die wöchentliche Arbeitszeit von 40 Stunden auf 39,5 Stunden bei vollem Lohnausgleich abgesenkt. Damit ist die Klinikum Dahme-Spreewald GmbH neben dem Sana-Herzzentrum in Cottbus und dem Spremberger Krankenhaus eines der ersten Brandenburger Krankenhäuser, die die wöchentliche Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich unter 40 Stunden pro Woche absenken.

Die Mitglieder der Gewerkschaft ver.di erhalten auf Antrag und bei Nachweis der ver.di-Mitgliedschaft pro Halbjahr einen bezahlten freien Arbeitstag für gesundheitsfördernde Maßnahmen. Die Tarifeinigung hat eine Laufzeit bis Ende 2022. Ab Januar 2023 können erneut Tarifverhandlungen stattfinden. Die Klinikum Dahme-Spreewald GmbH, ein Krankenhaus der qualifizierten Grund- und Regelversorgung mit 435 Betten an zwei Standorten, befindet sich zu 51 Prozent in der Trägerschaft des Landkreises Dahme-Spreewald und zu 49 Prozent in der Trägerschaft des privaten Klinik-Konzern Sana Kliniken AG.

Warnstreiks beim Bundestags-Fahrdienst

Am Mittwoch, dem 9. Juni 2021 sind die Beschäftigten des Bundestags-Fahrdienstes in einen ersten zweistündigen Warnstreik getreten, inzwischen hat am 23. Juni ein zweitägiger Warnstreik begonnen. Anlass für die Streiks ist die Weigerung der Arbeitgeberseite, über einen Tarifvertrag zu verhandeln. ver.di fordert für die über 250 Beschäftigten einen Tarifvertrag, der sich am Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) orientiert. Der Fahrdienst des Bundestages in Berlin gehört seit 2017 zur Firma BwFuhrparkService (BwFPS) GmbH, die wiederum zur Bundeswehr gehört und keiner Tarifbindung unterliegt. Der Bundestags-Fahrdienst ist für die dienstlichen Fahrten der Abgeordneten zuständig.

Die Auseinandersetzungen um den Fahrdienst des Bundestags dauern schon Jahre an. Aus ver.di-Sicht ist es ein sehr schlechtes Zeichen, wenn ausgerechnet diesen Beschäftigten nach wie vor ein fairer Tarifvertrag verweigert wird.

Klinikum Ernst von Bergmann in Potsdam

Im Potsdamer Klinikum Ernst von Bergmann ist durch eine Mitarbeiterinformation veröffentlicht worden, dass alle Klinikumsbeschäftigten eine Corona-Sonderzahlung von 650 Euro erhalten. Teilzeitkräfte sollen die Zahlung anteilig erhalten. Allerdings verweigern die Geschäftsführung und der Betriebsrat die Corona-Sonderzahlung den rund 600 Beschäftigten in den Tochtergesellschaften des Klinikums.

Diese Unternehmenspolitik ist aus ver.di-Sicht vollkommen unverständlich. Selbstverständlich haben auch die Beschäftigten in den Tochtergesellschaften in der Pandemie ihren Beitrag geleistet, damit das Klinikum arbeiten konnte. ver.di erwartet, dass auch am Potsdamer Klinikum die Prämie allen Beschäftigten gewährt wird. Dass ist nicht zuletzt eine Frage der Gerechtigkeit.

Tarifeinigung zwischen ver.di und Deutschem Herzzentrum erzielt

ver.di und das Deutsche Herzzentrum Berlin (DHZB) haben sich auf ein Tarifergebnis für die nicht-ärztlichen Beschäftigten geeinigt. Rückwirkend ab dem 1. April 2021 steigen die Tabellenwerte um 1,8 Prozent mind. 60 € und um weitere 2 Prozent (mind. 65 €) ab dem 1. Februar 2022. Die Einführung einer Pflegezulage wird als weiterer Erfolg verbucht. Anders als im



Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) erhalten Pflegekräfte ab 01. April 2021 schon 90 € monatlich (statt 70 €) mehr. Zum 1. März 2022 wird dieser Betrag dann auf 120 € erhöht. Zusätzlich wird der Nachtzuschlag auf 20 Prozent für alle Stunden zwischen 20 Uhr und 6 Uhr erhöht. Des Weiteren konnte gegen den zunächst vorhandenen Widerstand der Geschäftsführung für alle nicht-ärztlichen Beschäftigten des DHZB eine gestaffelte steuer- und sozialabgabenfreie Corona-Sonderzahlung bis zur Höhe von 600 € durchgesetzt werden.

Die Tarifkommission ist mit dem erzielten Tarifergebnis zufrieden. Doch die Arbeit geht schon weiter. Das Deutsche Herzzentrum wird in absehbarer Zeit in die Charité als eigenständiges Zentrum integriert. Die Tarifverhandlungen zur Überleitung der Beschäftigungsverhältnisse haben schon begonnen.

Protestaktion gegen Filialschließung bei Foot Locker

Am Sonnabend, dem 19. Juni 2021 haben FootLocker-Beschäftigte am Tauentzien protestiert: Die US-Turnschuh-Kette will eine ihrer sechs Verkaufsfilialen in Berlin schließen. Es soll ausgerechnet die größte Filiale in der Tauentzienstraße treffen – hier sind die insgesamt 40 Beschäftigten gewerkschaftlich besonders gut organisiert. Zufall?

In der Werbung legen sich die Schuh-Händler von Foot Locker gern ein cooles Image zu: viel Gangsta-Style, junge Leute, alles hip. Mit diesem Image schafft die Schuh-Kette mit ihren fast 2.000 Shops in 21 Ländern einen Umsatz von etwa 7,5 Milliarden US-Dollar im Jahr. Doch hinter der Fassade sieht es oft düster aus: Wer die Klos nicht putze, dürfe sie nicht benutzen, habe das Management in einem Berliner Store verfügt. Trotz verlorenem Gerichtsverfahren ist der Arbeitgeber bis heute nicht bereit, mit dem Betriebsrat die gesetzlich vorgesehene Zusammenarbeit ordentlich zu führen.

Lufthansa-Technik am BER: ver.di-Protestaktion gegen drohenden Personalabbau

Am Freitag, dem 18. Juni 2021 hat die ver.di eine Protestaktion gegen den drohenden Lufthansa-Personalabbau am BER durchgeführt. Die Lufthansa will dort zunächst ca. 40 Arbeitsplätze streichen. Leider sind die Beschäftigten hier nicht genauso vor Kündigung geschützt wie ihre Kolleginnen und Kollegen in den alten Bundesländern, weil die Lufthansa seit jetzt mehr als 30 Jahren die Angleichung der Tarifbedingungen verweigert. Die Planungen der Lufthansa sind skandalös, daher protestiert ver.di gegen diese Unternehmenspolitik.

Die ver.di-Aktion fand kurz vor Beginn der nationalen Luftfahrtkonferenz in Schönefeld statt, an der auch ver.di beteiligt ist. Der brandenburgische Ministerpräsident Dietmar Woidke war bei den Demonstrierenden und hat sich Zeit für Gespräche genommen. Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer war ebenfalls bei der ver.di-Aktion und hat zu den Kolleginnen und Kollegen gesprochen. Die Tagesschau hat dazu einen kurzen Bericht gesendet: <https://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/>

Die Situation im Technik-Bereich auf dem BER steht exemplarisch für die aktuelle Lage der Luftfahrtbranche: Im gesamten Luftverkehr haben nach ver.di-Informationen über alle Bereiche bereits 16 Prozent der Beschäftigten den Luftverkehr seit Beginn der Pandemie verlassen. Besonders alarmierend sind die Zahlen bei den Bodenverkehrsdienstleistern, hier haben sich bereits 44 Prozent der Beschäftigten einen anderen Job gesucht.



Warnstreik bei der Spielbank Potsdam

Nach mittlerweile fünf ergebnislosen Verhandlungsrunden haben die 60 Beschäftigten der Brandenburgischen Spielbank am Standort Potsdam von Freitag, dem 18. Juni 2021 bis einschließlich Montag, dem 21. Juni, 4:00 Uhr, drei Tage lang gestreikt.



39 Stunden Wochenarbeitszeit, ein Großteil der Arbeit an Wochenenden und Feiertagen, der Durchschnittsverdienst mit 1.800 bis 2.100 Euro brutto nur geringfügig über dem Mindestlohniveau und Sonderzahlungen nach Gutdünken der Arbeitgeberseite, oftmals an Krankenzeiten und Wohlverhalten gekoppelt: Die Beschäftigungsbedingungen in den Brandenburgischen Spielbanken am Standort Potsdam sind wenig rosig. Daher verhandelt ver.di Berlin-Brandenburg schon seit 2019 mit dem Arbeitgeber über fairere Arbeitsbedingungen. Unterbrochen durch die Corona-Krise gehen die Verhandlungen seit Januar 2021 weiter. Doch auch nach der inzwischen fünften Verhandlungsrunde haben die Arbeitgeber noch kein Angebot vorgelegt, der die ver.di-Tarifkommission zustimmen kann. Bei der Arbeitszeit gibt es inzwischen eine Einigung. Aber vor allem bei der Jahressonderzahlung hakt es noch. Daher sind die Beschäftigten am Standort Potsdam in den Warnstreik getreten. Der Streik war sehr erfolgreich. Die Spielbank musste schließen und konnte nur einen kleinen Bereich mit Hilfe von Streikbrechern aus der Spielbank in Cottbus wieder öffnen.

Zweiter Warnstreik beim Carl-Thiem-Klinikum Cottbus

Für Mittwoch, den 23. Juni 2021 sind die rund 1.800 nicht ärztlichen Beschäftigten der städtischen Carl-Thiem-Klinikum Cottbus gGmbH zu einem zweiten zweistündigen Warnstreik aufgerufen worden.

Anlass für den zweiten Warnstreik ist die Weigerung der Arbeitgeberseite, die schon begonnenen Tarifverhandlungen fortzusetzen. Am 26. März 2021, nach drei Verhandlungsrunden, setzten die Arbeitgeber weitere Tarifgespräche einseitig aus. Auf einen von ver.di schon Ende April 2021 unterbreiteten Kompromissvorschlag haben die Arbeitgeber bisher nicht reagiert.

Streitpunkt ist die ver.di-Forderung nach Übernahme der Tarifregelungen aus dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD). Die betriebliche ver.di-Tarifkommission fordert die Angleichung an den TVöD und hat als Kompromiss zur Lösung des Tarifkonfliktes eine schrittweise Annäherung vorgeschlagen.

ver.di gegen vollständige Liberalisierung der Ladenöffnung

Den neuerlichen Versuchen von Handelslobbyisten, die noch bestehenden Verkaufsverbote am Sonntag aufzuheben, erteilt auch der ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg eine klare Absage: Die Auseinandersetzungen um die Ladenöffnung am Sonntag dauern schon lange an, große Firmen haben seit langem ein Interesse daran, dass die Verkaufszeiten vollständig liberalisiert werden. Jetzt muss die Coronakrise als Argument herhalten. Hier geht es großen Anbietern darum, ihren Anteil am Umsatz zu vergrößern, indem sie auch am Sonntag öffnen wollen. ver.di fürchtet, dass viele kleinere Händler da nicht mithalten können, weil sie nicht das notwendige Personal vorhalten. Am Ende würde eine Wettbewerbsverzerrung. Es ist gut und richtig, dass der Sonntag besonders



geschützt wird und die Geschäfte bis auf die gesetzlich vereinbarten Ausnahmen geschlossen bleiben. Die Beschäftigten, die nicht gerade zu den Spitzenverdienern in unserer Gesellschaft gehören, müssen vor weiteren ungünstigen Arbeitszeiten geschützt werden. Im Einzelhandel arbeiten über 70 Prozent Frauen, der weitaus größte Teil von ihnen in Teilzeit. Das Arbeiten am Wochenende behindert das Familienleben und erschwert soziale Kontakte. Die Position von ver.di ist klar: im Interesse der Beschäftigten für den shoppingfreien Sonntag!

Mitbestimmung wirkt: Stromnetz GmbH kommt – ohne Verschlechterungen für die Beschäftigten

Am 17. Juni hat das Berliner Abgeordnetenhaus dem Rückkauf der Stromnetz Berlin GmbH, die zum Vattenfall-Konzern gehört, mit seiner rot-rot-grünen Mehrheit am Donnerstag zugestimmt. Der Senat, der seit Längerem versucht, Privatisierungen der vergangenen Jahrzehnte rückgängig zu machen, hatte das bereits Ende April beschlossen.

In den Monaten zuvor hatten die ver.di-Mitglieder in den Mitbestimmungsgremien bei Vattenfall Schwerstarbeit geleistet. ver.di begrüßt zwar grundsätzlich die Rückkehr der öffentlichen Daseinsvorsorge in die Öffentliche Hand. Aber nur unter der Bedingung: keine Verschlechterungen für die Beschäftigten.

So ist es jetzt auch festgeschrieben. Auf 24 Seiten „Interessenausgleich“ sichert der Senat zu, Beschäftigung zu den bestehenden Bedingungen zu sichern. In dem Papier stecken hunderte Arbeitsstunden unserer Mitglieder, die in der Aushandlung dieses sogenannten „Carve out“ (zu deutsch: „herausschneiden“)-Prozesses beteiligt waren. Das Problem war hier weniger böser Wille des Senates, sondern schlicht wenig Ahnung. Eine Senatsverwaltung verfügt nicht über das geballte Betriebs- und Beschäftigtenwissen einer eingespielten betrieblichen Interessenvertretung, aus einem Unternehmen, wo über Jahrzehnte gute Arbeitsbedingungen erkämpft wurden. Dieses Wissen haben wir ins Feld geführt, mit positivem Ergebnis. Umso ärgerlicher ist deshalb die verbliebene Restbaustelle – die Vorstellungen des Senats zur Aufstellung des Aufsichtsrats der neu geschaffenen Holding „BEN Berlin Energie und Netzholding GmbH“. Hier soll der gewerkschaftliche Einfluss ausgeschlossen bleiben. Wir bleiben dran.

ver.di Literaturpreis Berlin-Brandenburg 2021 für Prosa ausgeschrieben

Der mit 3.000 € dotierte ver.di Literaturpreis wird in diesem Jahr im Genre Prosa ausgeschrieben. Einsendeschluss: 30. November 2021 (Poststempel). Die Bewerberinnen und Bewerber müssen ihren Hauptwohnsitz in Berlin oder Brandenburg haben und Bücher einsenden, die innerhalb der letzten drei Jahre erstmals erschienen sind und die nicht vom Autor/der Autorin (mit-) finanziert wurden. Die Bewerbung für den Literaturpreis kann durch Verlage, Literaturvereine, Autorenvereinigungen u.ä. erfolgen, ebenso durch die Autorinnen/Autoren selbst. Es sind drei Exemplare einzureichen, die nicht zurückgegeben werden.

Aus für das "Berliner Abendblatt"

Im August stellt der Berliner Verlag nach 30 Jahren sein auflagenstarkes Anzeigenblatt ein. Direkt betroffen sind acht Beschäftigte, außerdem die Druckerei BVZ Zeitungsdruck und eine unbestimmte Zahl von Zusteller/innen der "Last Mile" in Berlin.



Mehr: <https://medien-kunst-industrie-bb.verdi.de/themen/aktuelles/>

Taschenspielertricks bei Berlin Last Mile?

Die Berlin Last Mile, Arbeitgeber der Berliner Zeitungszusteller/innen, ist offenbar dazu übergegangen, flächendeckend sogenannte „Änderungsvereinbarungen“ zu verschicken. Damit soll einer Kürzung der Regelarbeitszeit zugestimmt werden.

Mehr im Tarifinfo: <https://medien-kunst-industrie-bb.verdi.de/themen/aktuelles/>

Polizei behindert Presse massiv bei der Arbeit

In den frühen Morgenstunden sind am 5. Juni bei Protestaktionen von #A100-Gegnern in Neukölln und Treptow Journalistinnen und Journalisten, die darüber berichten wollten, massiv von Berliner und Bundes-Polizei bei ihrer Arbeit behindert worden. Renate Gensch, Landesvorsitzende der Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di Berlin-Brandenburg, erklärt dazu: „Zwölf Journalistinnen wurden von der Polizei teilweise eingekesselt, in Gewahrsam genommen und erhielten Anzeigen wegen Hausfriedensbruchs und Platzverweise. Ein Kollege wurde sogar körperlich durchsucht. Es ist einfach ein Unding, dass unsere Kolleginnen und Kollegen, die allein schon durch ihr Kamera-Equipment als Pressevertreter erkennbar und zehn mit dem von der Innenministerkonferenz (IMK) legitimiertem bundeseinheitlichen Presseausweis unterwegs waren, mit solchen Mitteln an der Ausübung ihres Berufs gehindert wurden. Das Gelände an der Sonnenallee war frei zugänglich. Weitere Journalisten wurden später von der Polizei dann noch am Zugang und der Berichterstattung gehindert. Alles eine klare Behinderung der Pressefreiheit!“.

Tagesspiegel Haustarifvertrag: Ab dem 29. Juni wird verhandelt

Die Arbeitgeberseite ist jetzt zu formalen Tarifverhandlungen für Redaktion und Verlag Tagesspiegel bereit – allerdings nicht für die TMS (Tagesspiegel Marketing Service GmbH). Für die TMS lehnt der Arbeitgeber bisher ausdrücklich die Tarifverhandlungen für die 42 Beschäftigten aus grundsätzlichen Erwägungen heraus ab. Die Tarifverhandlungen für die ca. 500 Beschäftigten des Tagesspiegels beginnen am 29. Juni 2021.

Mediensalon: Mehr Engagement für Medienvertrauen

Im Berliner Mediensalon wurde am 26. Mai über die mediale Spaltung Deutschlands diskutiert. Das Thema lautete "Schreiben die Medien die Teilung fest?". Mehr Aufmerksamkeit für Ostthemen und mehr lokales Engagement sei deshalb geboten.

Ausführlicher Artikel: <https://medien-kunst-industrie-bb.verdi.de/themen/aktuelles/>

CineStar Tarifeinigung 2021: Tarifvertragsverlängerung und Beschäftigungssicherung

Um der schwierigen Lage der Kinobranche in der Corona-Krise Rechnung zu tragen, haben sich ver.di und CineStar auf eine Verlängerung der geltenden Tarifverträge bis in das kommende Jahr hinein geeinigt.



Mehr im ver.di-Tarifinfo <https://medien-kunst-industrie-bb.verdi.de/themen/aktuelles/++co++202bfc78-c45b-11eb-850b-001a4a160100>

Papierverarbeitung: ver.di-Tarifkommission und der HPV stimmen dem Tarifergebnis zu

Am 25. April konnte im sechsten Termin in der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie ein Tarifergebnis erzielt werden. Die Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen steigen in zwei Stufen um insgesamt 3,9 Prozent. Beide Tarifparteien stimmten dem Ergebnis zu.

ver.di strebt Tarifverhandlungen für rbb-Freie an

Anfang Mai nutzten hunderte freie Mitarbeiter/innen des Rundfunks Berlin-Brandenburg (rbb) ihre Freiheit und standen ihrem Auftraggeber nicht zur Verfügung. Die Folge waren massive Ausfälle in den aktuellen Programmen des rbb. ver.di will nun Tarifverhandlungen mit dem rbb aufnehmen, um den von den freien Mitarbeiter/innen geforderten Bestandsschutz für alle Freien zu erreichen.

Neues Bundespersonalvertretungsgesetz: Mehr Mitbestimmungsrechte für Freie

Arbeitnehmerähnliche Personen bei den Rundfunkanstalten Deutsche Welle, Deutschlandradio, MDR und rbb erfahren mit dem am 15. Juni in Kraft getretenen novellierten Bundespersonalvertretungsgesetz (BPersVG) eine Stärkung ihrer Mitbestimmungsrechte. ver.di begrüßt die Novellierung als echten Fortschritt: „Künftig können sich auch die arbeitnehmerähnlichen freien Mitarbeitenden mit ihren Fragen und Problemen an den Personalrat wenden, nicht mehr nur die Angestellten – ein längst überfälliger Schritt angesichts des großen Stellenwerts der Arbeit der Freien in den Rundfunkanstalten. Sie sind ein essentieller Teil der Belegschaft, ohne den kein Programm und kein reibungsloser Sendeablauf mehr möglich wäre“, sagte Christoph Schmitz, Mitglied des ver.di-Bundesvorstands. Die neuen Regelungen seien als Erfolg der beharrlichen Forderungen von Gewerkschaften und Personalräten zu werten.

Lauter Lichtblicke: Zum 30. Jubiläum des VS Brandenburg

Ein wetterwendiger Tag, dieser 27. Mai 2021. Doch zu Lesungsbeginn strahlte Abendsonne in den Foyersaal des Kleist-Museums in Frankfurt/Oder. Dreißig angemeldete Gäste durften leibhaftig teilnehmen an dieser ersten Veranstaltung nach langer Schließung: der nachgeholtten Feier zum 30. Jubiläum des brandenburgischen Landesverbands des VS. Dabei vorgestellt wurde die gerade erschienene Anthologie „Hier ist herrlich arbeiten. Begegnungen mit Schriftstellerinnen und Schriftstellern aus Brandenburg“.

Ausführlicher Artikel: <https://medien-kunst-industrie-bb.verdi.de/themen/aktuelles/>

Jugend

Bei der ver.di Jugend Berlin-Brandenburg passiert gerade richtig viel: Die Berliner Krankenhausbewegung fordert eine bessere Ausbildungsqualität. Am 12. Mai – Der Tag der Pflege – hat die Auszubildende Clara in ihrem Redebeitrag deutlich gemacht: Vivantes und Charité müssen eine qualitativ hochwertige Ausbildung mit einer verlässlichen Praxisanleitung



sicherstellen, damit die Pflege eine Zukunft hat! Mit der Forderungsfindung starten wir nun in die nächste Kampagnenphase.

Ebenso sind wir im Bereich des Tarifvertrages der Länder in der Forderungsfindung. Ehren- und Hauptamtliche führen Interviews am Telefon durch und sprechen die Azubis in den Dienststellen auf ver.di an. Am 12.08. beschließen wir dann unsere Forderungen der Jugend und Azubis.

Auf der DGB-Bezirksjugendkonferenz konnten wir ebenso ein starkes Zeichen als größte Delegation mit guten Anträgen und Debatten setzen. Unsere JAV-Netzwerke sind im guten Austausch.

Frauen

Im Rahmen der Organisationswahlen des DGB fand am 2. Juni 2021 die **DGB Bezirkskonferenz der Frauen für Berlin-Brandenburg** statt. Aus den acht Einzelgewerkschaften waren 40 Delegierte vorgesehen, davon 18 ver.di Frauen, da ver.di die Mehrheit der weiblichen Mitglieder in Berlin-Brandenburg vertritt. Da die Pandemiebedingungen eine Präsenz-Konferenz unmöglich machten, musste die Konferenz im Wesentlichen als Online-Konferenz durchgeführt werden, auch die Abstimmungen über die Anträge erfolgte über ein Online-Werkzeug. Alle Delegierten, darunter einige, die noch an keiner Onlinekonferenz teilgenommen hatten, haben das mit Hilfe des freundlichen Technikers gemeistert! Auf der Konferenz wurde über die Konsequenzen der Pandemie für die Frauen und Gleichstellungspolitik diskutiert und Handlungsschwerpunkte für die nächsten vier Jahre gesetzt. Zu den Inhalten findet sich einiges auf der DGB Homepage:

<https://berlin-brandenburg.dgb.de/bereiche/gesellschaft/frauen/>

Starke Frauen – Starkes MV: „Aber warum sind immer noch so wenig Frauen an der Spitze?“

<https://www.youtube.com/watch?v=NsfbMGlxh1Y>
(Parität)

Frauenrechte in Polen unter Druck

<https://www.dw.com/de/frauenrechte-in-polen-unter-druck/av-57126556>

Frauen verdienen 21% weniger als Männer - Schluss damit!

<https://www.youtube.com/watch?v=tED3UojOaLs>

Rund 100 Gewerkschafterinnen bei DGB-Frauentagung in Weimar

<https://www.youtube.com/watch?v=CK4QVyr-S7w>

Bei

ver.di hat am 17./18. Juni 2021 der **ver.di Bundesfrauenrat** getagt. Themen waren u.a. Vorbereitungen für die DGB Bundesfrauenkonferenz im November, die Auswirkungen der Fachbereichsfusionen, Gute Arbeit und ein Zukunftsprogramm für Jüngere Frauen (U 40) namens RONJA, Rebellisch, organisiert, neugierig, jung, aktiv. Damit wollen wir jüngere Frauen für die aktive Mitarbeit in den ver.di Gremien sowie in den Arbeitnehmerinteressenvertretungen gewinnen und unterstützen. Schließlich geht es im kommenden Jahr auch bei ver.di wieder mit den Organisationswahlen los und wir alle wissen, wir brauchen viele, auch jüngere Aktive.

Der **Frauen-Online-Stammtisch** hat am 10. Juni zum zweiten Mal stattgefunden und entwickelt sich zu einer interessanten Begegnungsform. Wie sonst wäre es möglich für zwei Stündchen am Abend mit Kolleginnen aus dem Havelland, Pankow, Jüterbog, Lichtenberg und anderen Gegenden zu plaudern, einfach so von zu Hause aus. Wir wollen das fortsetzen, immer an wechselnden Wochentagen, das nächste Mal am **Mittwoch, 28. Juli ab 19 Uhr. Anmeldung, um die**



Einwahldaten zu bekommen ist bis spätestens am Montag den 26. Juli möglich unter frauen.bb@verdi.de

Seniorinnen und Senioren

Die Seniorinnen und Senioren bei ver.di in Berlin und Brandenburg veröffentlichen seit mehreren Jahren einen monatlichen „Newsletter 55+“. Die aktuelle Ausgabe dieses Newsletters ist stets auf folgender Internetseite zu finden: <https://senioren-berlin.verdi.de>

Dort kannst du ihn auch abonnieren, so dass du regelmäßig über die neueste Ausgabe per E-Mail informiert wirst. Wir möchten damit auf die Arbeit bei den ver.di-Senior*innen und aktuelle Themen hinweisen.

Die Redaktionsgruppe hat einen Imagefilm zum Newsletter 55+ erstellt, um ihn einerseits zu bewerben und andererseits aktive Mitgliederbindung zu praktizieren. Diesen Film (3:45 min) findest du hier: <https://youtu.be/3qeCQVGgFAA>

Brandenburg

Weitere aktuelle Informationen zu den Brandenburger ver.di-Bezirken findet Ihr hier: [Cottbus](#), [Potsdam](#) und [Nordostbrandenburg](#).

Veranstaltungen

Was kommt

#unteilbar-Demonstration am 4. September 2021 in Berlin - – Für eine gerechte und solidarische Gesellschaft!

Der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg und auch der ver.di Bundesvorstand sind Erstunterzeichner des Aufrufs. Aktuelle Information <https://www.unteilbar.org/berlin-demo-2021/>

GUV/FAKLUTA: Beitragsfrei noch bis 30. Juni 2021!

Die Gewerkschaftliche Unterstützungseinrichtung (GUV/FAKULTA) versichert die Berufsrisiken von Mitgliedern der DGB-Gewerkschaften und bietet allen Menschen, die mit ihrer Arbeit das Land am Laufen halten, eine betragsfreie Mitgliedschaft bis 30. Juni. Voraussetzung ist lediglich die Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft. Weitere Informationen findet Ihr [hier](#).

Wir freuen uns sehr über euer Feedback zum Newsletter. Bitte sendet uns eure Rückmeldungen nicht an die Mailadresse des Newsletters, sondern nutzt dafür diese Bezirksadressen: bezirk.berlin@verdi.de oder bz.berlin@verdi.de. Für den Newsletter anmelden, könnt Ihr euch auf unserer Homepage [hier](#) und die Datenschutzhinweise [hier](#)



V.i.S.d.P.: Frank Wolf, Landesbezirksleiter ver.di LBZ BB, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin, Telefon: 030-88666.

